

Notizen aus dem Stadt-Archiv

*Beiträge zur Rüdesheimer Stadtgeschichte,
herausgegeben von Stadtarchivar Rolf Göttert*

©Alle Veröffentlichungsrechte sind dem Stadt-Archiv Rüdesheim am Rhein vorbehalten

127.

Die Stunde Null in Rüdesheim

„Die Amerikaner sind da, der Krieg ist aus!“

Dieser Aufschrei umschreibt mit wenigen Worten eines der folgenreichsten Ereignisse der jüngeren deutschen Geschichte.

Am Gründonnerstag, dem 29. März 1945 wurde der Rheingau, gottseidank kampflos, von den US-Streitkräften besetzt. Auch für Rüdesheim schlug an diesem Gründonnerstag die „Stunde Null“:

- Nach insgesamt 3 Bombenangriffen im November und Dezember 1944 lagen 63% der Häuser in Schutt und Asche, - an einen raschen Wiederaufbau war in den folgenden Monaten nicht zu denken.
- Ein Viertel der berühmten Rüdesheimer Weinberge war von Bombentrümmern übersät.
- Die Leitungen für Wasser, Abwasser, Gas und Elektrizität waren vielfach geborsten, nachts lag die Stadt in tiefster Finsternis;
- Die Telefonverbindungen waren abgeschnitten, die Zufahrtsstraßen blockiert. Die Eisenbahnstrecke zwischen Wiesbaden und Koblenz war trotz mancher Bemühungen um Instandsetzung bei Rüdesheim wochenlang blockiert;
- Die Verbindung zur Außenwelt durch Zeitung und Radio funktionierte nicht mehr.

Schon in den langen Winterwochen 1944/45 war Rüdesheim eine tote Stadt. Ihre Bewohner lebten dichtgedrängt in behelfsmäßig reparierten Wohnungen und beobachteten mit Sorge den ungeordneten Rückzug der deutschen Truppen. Was sollte nun werden?

Ein NS-Funktionär riet den Bürgern durchzuhalten, denn der Führer werde mit ungeahnten Wunderwaffen zum Gegenschlag ausholen. „Wir locken den Feind in einen Hinterhalt, nehmen ihn dann in die Zange und werden ihn in Stücke schlagen, wie es einst Hermann der Cherusker im Teutoburger Wald tat.“ – Keiner wagte, diesem Unsinn zu widersprechen, denn dann hätte ihm das KZ gedroht. Vielleicht glaubten die Nazis wirklich an solche Märchen, weil sie sich nicht vorstellen konnten, daß ihr herrliches großdeutsches Reich so kläglich enden werde.

„Wollt Ihr den totalen Krieg?“ hatte Hitlers Marktschreier Josef Goebbels gefragt und Tausende hatten ihm in der Euphorie, welche die schnell begeisterte Menge bei solchen Suggestivfragen erfasst, zugestimmt, ohne sich im mindesten die Konsequenzen vorstellen zu können. Jetzt dröhnte der Kanonerdonner nicht mehr weit draußen an der Front, sondern unmittelbar vor

unserer Haustür. Am 19. März 1945 schlugen die feindlichen Granaten in den Rüdesheimer Wäldern, aber auch in der Stadt direkt ein. Mehrere Soldaten wurden von ihnen getötet und am 23. März starben 3 Jugendliche unserer Stadt durch einen Volltreffer, als sie auf einem Balkon die Frühlingssonne genießen wollten. **Tiefflieger** bedrohten mit Bordkanonen Alles, was sich im Freien aufhielt. Fliegeralarm wurde schon lange nicht mehr gegeben, denn die Sirenen funktionierten ohnehin nicht mehr und die Gefahr aus der Luft war allgegenwärtig.

Kopflösigkeit machte sich breit. Nazi-Funktionäre hätten sich gerne längst aus dem Staub gemacht, wären da nicht jene Fanatiker gewesen, die jeden Fahnenflüchtigen am nächsten Baum aufhängten (wie es in Ingelheim geschah). – Bereits am 16. März wurde die **Hindenburgbrücke** gesprengt. Gewaltige Detonationen erschütterten die Stadt und ließen die mühsam geflickten Fensterscheiben zerspringen. Ein tonnenschweres Brückenteil flog wie ein Geschöß bis in die Hahnengasse. Diese Sprengung entsprach dem Führerbefehl, nichts als verbrannte Erde zu hinterlassen, dennoch war sie sinnlos, denn die Amerikaner hatten schon am 9. März bei Remagen den Rhein überschritten und näherten sich unserer Stadt vom Taunusgebirge her. Doch die letzten deutschen Militärs waren in ihrer Zerstörungswut nicht zu bremsen, und noch heute, nach 60 Jahren erinnern uns die Brückentrümmer an ihr sinnloses Vernichtungswerk und sind ein lebendiges Beispiel dafür, wohin die militärischen Tugenden des unbedingten Gehorsams um jeden Preis und gegen jeglichen Verstand führen können. – Am 17. März 1945 erreichten die ersten Amerikaner die Höhe über Bingerbrück und brachten ihre Artillerie zum Einsatz. Erst am 21. März besetzten sie die Binger Altstadt.

Am 26. März 1945 wurde im Rheingau allen männlichen Bürgern zwischen 14 und 60 Jahren von den Nazis befohlen, als „**Volkssturm**“ auszurücken. Befehlsverweigerung wurde nicht geduldet. Diese unfreiwilligen letzten „Helden“ unserer Stadt machten sich auf den Weg, gerieten aber schon hinter Geisenheim unter Artilleriebeschuß und flüchteten in den Wald, um dann in der Nacht still und leise wieder heimzukehren. – In Lorch befahl ein örtlicher SS-Funktionär dem Volkssturm, auf der engen Fahrstraße im Wispertal starke Eichenstämme als Panzersperren einzugraben, um den Feind am Vormarsch zu hindern. Doch die NS-Kreisfunktionäre liess die Sperren sofort wieder beseitigen, damit sie sich zu nächtlicher Stunde auf diesem Schleichweg davonmachen konnten.

Am 27. März 1945 erteilte Kreisleiter Wagner den Befehl, die Rheingauer Bevölkerung zu evakuieren, ohne zu wissen, wie und wohin sie fliehen sollte. Also nahm niemand Notiz von diesem letzten Unsinn.

Wie gesagt, am Gründonnerstag, dem 29. März 1945 schlug um 10 Uhr früh für Rüdesheim die Stunde Null, als ein amerikanischer Stoßtrupp an der Niederwaldstraße („Weiße Muttergottes“) auftauchte und von Bürgermeister Bausinger die **Kapitulation** entgegennahm. Die Rüdesheimer hatten ihre Häuser zu verlassen und sich auf dem Marktplatz zu versammeln, derweilen immer mehr „Amis“ mit schußbereitem Gewehr die Straßen und Häuser nach versprengten Wehrmachtsangehörigen durchsuchten. Den Bürgern wurde befohlen, alle Waffen, Ferngläser und Fotoapparate auf dem Marktplatz abzuliefern und zukünftig strikt die Ausgangssperre zwischen 18 und 7 Uhr einzuhalten.

Wie sollte es nun weitergehen? Die bisherige Obrigkeit hatte nichts mehr zu sagen, die Befehlsgewalt lag allein bei der neuen Militärregierung, die zunächst in St. Goarshausen residierte. Diese befahl Bürgermeister Bausinger, die bisherigen Verwaltungsgeschäfte abzuschließen und Weisungen des als Ortskommandanten bestellten Offiziers auszuführen. Im Rüdesheimer Rathaus war durch Brandbomben zwar der Dachstuhl abgebrannt, doch dank der soliden Bauweise mit Betondecken blieben die Amtsräume weitgehend intakt. In den letzten Stunden vor dem Einmarsch hatten Parteigenossen alle Akten einschließlich der Tageszeitungen seit 1938

vernichtet, um Spuren ihres unseligen Tuns zu verwischen. Also gab es in der neuen Ära nichts mehr zu verwalten, sondern nur neue Anordnungen abzuwarten.

Am 11. April 1945 wurde der Rüdeshheimer Polizeileutnant Ringsdorf mit der Bereitstellung von Quartieren für die amerikanischen Truppen beauftragt. Alle noch intakten Hotels und Gasthöfe wurden belegt, ferner mussten die Besitzer brauchbarer Häuser ihre Wohnungen mit allem Hausrat sofort den **Besatzungstruppen** überlassen. Auch die Jugendherberge, in der ausgebombte Bürger untergebracht waren, musste freigemacht werden. Bausinger, der jetzt kommissarisch die Geschäfte der Kreisverwaltung führte, empfahl den Winzern, den in der Jugendherberge stationierten „Negertruppen“ ein größeres Quantum Wein zu überlassen, um Plünderungen zu vermeiden. Dieses Ansinnen wurde aber von den Winzern abgelehnt, da bislang die Keller nur von russischen und italienischen Fremdarbeitern heimgesucht wurden, während die „Ami-Neger“ sich ruhig verhielten. Übrigens wurden seit dem 7. Mai 1945 alle rheingauer Bestände an Wein, Sekt und Spirituosen von der 12. US-Armee beschlagnahmt. Auch später unterlagen diese Bestände noch lange der Zwangsbewirtschaftung.

Seit dem 11.5.45 wurden etliche Beschränkungen gelockert, die Ausgangssperre auf 21 bis 5 Uhr begrenzt und die noch seit Kriegsbeginn befohlene Verdunkelung aufgehoben. Innerhalb des Rheingaus waren keine Passierscheine mehr erforderlich, wohl aber noch bei Reisen nach Wiesbaden und St. Goarshausen, vor allem aber für den Weg über den Rhein nach Bingen. Der Fährverkehr nach Bingen war seit den letzten Kriegstagen unterbrochen, nachdem ein deutscher Pionierleutnant (der aus der Gegend stammte) alle Schiffe auf dem Rhein durch Sprengladungen versenkt hatte. Doch die US-Truppen hatten schon wenige Tage nach dem Einmarsch eine **Pontonbrücke** an der Binger Stadthalle über den Rhein geschlagen. Es war eine logistische Meisterleistung, mittels der notdürftig reparierten Eisenbahn große Stahlpontons herbeizuschaffen und an der Grabendhul mit Raupenschleppern („Caterpillars“) zu Wasser zu lassen. Diese Pontonbrücke durfte bald auch stundenweise von Zivilpersonen benutzt werden, bis die Bingen-Rüdeshheimer Fährschiffer ihre Boote soweit wieder repariert hatten, dass sie seit dem 13. September 1945 den Fährverkehr wieder aufzunehmen konnten. Bingen lag seit dem 6. Juli 1945 in der französisch besetzten Zone, sodaß über den Rhein ein regelrechter Grenzverkehr ging mit strengen Polizeikontrollen, Passierscheinen, aber auch Schmuggeleien.

Jetzt war es an der Zeit, in Rüdeshheim wieder eine örtliche provisorische **Zivilverwaltung** einzusetzen, die freilich an die Weisungen der Militärregierung gebunden war. Fünf politisch unbelastete Bürger bildeten einen ersten **Fünfer-Rat**, der später auf 12 Leute erweitert wurde. Den kommissarischen Vorsitz hatte zunächst der Weinhändler Johannes Trapp (im Volksmund scherzhaft „der Gewaltige“ genannt), wenig später wurde er von dem Ingenieur Adolf Störzel („der Sanftmütige“) und gegen Mitte des Sommers von dem jungen Juristen Dr. Christian Faust aus Martinthal (genannt „das Kind“) abgelöst. Es ist diesen Leuten hoch anzurechnen, daß sie diese schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe übernahmen, zumal sie ja auch selbst von Kriegsschäden betroffen waren. Diese erste Gemeindevertretung hatte alle Hände voll zu tun, die Wünsche der Militärregierung auszuführen, den Wiederaufbau der zerstörten Stadt auf den Weg zu bringen und die vielfältigen Probleme der geschädigten Bürger zu lösen.

Beim Wiederaufbau im 2. Halbjahr 1945 hatte die Instandsetzung der öffentlichen Versorgungseinrichtungen Vorrang. Die **Eisenbahn** konnte den Durchgangsverkehr Wiesbaden-Niederlahnstein wieder aufnehmen, sobald die Trümmer der gesprengten Bahnüberführung an der Theodor-Heuss-Strasse weggeräumt waren. Die **Postzustellung** konnte Zug um Zug normalisiert werden, da das Postamt mit Fernmeldeamt von Zerstörungen so ziemlich verschont geblieben war. Am 26. Juni 1945 hatten schon 23 **Telefonanschlüsse** wieder Verbindung.

Schwieriger war die Wiederherstellung der Stromversorgung. Das stadteigene **Elektrizitätswerk** hatte jahrzehntelang Gleichstrom geliefert, doch jetzt sollte auf Dreh-/Wechselstrom umgestellt werden. Das setzte voraus, daß alle Elektromotoren ausgetauscht oder umgewickelt werden mussten, was bei der allgemeinen Rohstoffknappheit nicht so einfach war. Da die meisten unterirdischen Stromkabel zerstört waren, installierte man durch die Stadt Freileitungen, wofür man mangels Kupferkabel Stahlseile und Weinbergsdraht verwandte. Am 20. April 1945 konnten die wichtigsten Betriebe wieder Strom erhalten. Da wegen Kohlemangel das Rheingauer E-Werk nur beschränkt Strom liefern konnte, wurden am 28.4.1945 die Bürger durch die Ortsschelle aufgefordert, pro Haushalt zunächst nur eine 40-Watt-Lampe einzuschalten. Dennoch brach in den nächsten Tagen die Stromversorgung immer wieder zusammen, da einige Schlauberger verstanden hatten, sie dürften pro Haushalt täglich 40 Kilowatt verbrauchen.

Die **Trinkwasserleitungen** waren durch die Bombenangriffe in der Stadt an unzähligen Stellen gebrochen, sodaß der Hochbehälter sogleich leer lief. Dadurch hatten auch die unzerstörten Stadtteile wochenlang kein Leitungswasser. Glücklicherweise war das städtische Wasserwerk an der Stadtgrenze zu Geisenheim heil geblieben und es hatte sich schon vorsorglich mit ausreichend Ersatzmaterial versehen. Etwa 4 Wochen nach dem Kriegsende lief in den unzerstörten Straßen wieder das Wasser aus dem Hahn, wenn auch noch lange Zeit gespart werden musste, da in dem heißen Sommer 1945 die Tiefbrunnen nicht viel hergaben.

Die größten Sorgen bereitete die zerstörte **Kanalisation**, sodaß sich in vielen Bombentrümmern die Fäkalien sammelten. Es war mühsam, die tiefliegenden Kanalrohre von Hand aufzugraben und notdürftig zu flicken. Und das städtische Klärwerk in den Rheinanlagen neben dem Sportplatz war durch das in die Bruchstellen einsickernde Erdreich völlig verschlammt. Es dauerte noch Jahre, bis alle Schadstellen im Kanalnetz aufgespürt und repariert waren.

Am besten hatten es in jener Zeit die Schulkinder, denn auf Anweisung der Militärregierung blieben die **Schulen** im Rheingau monatelang geschlossen – angeblich, damit die Kinder sich erst einmal erholen sollten. Tatsächlich lag aber das Problem beim Lehrpersonal, denn die meisten Pädagogen mussten im 3. Reich zwangsweise der NSDAP beitreten und galten jetzt als politisch unzuverlässig. So musste teilweise schon pensioniertes Lehrpersonal wieder unterrichten, als am 24. September 1945 die Rheingauer Volksschulen wieder ihren Betrieb aufnahmen. Die Oberschule in Geisenheim musste gar noch bis zum 15. November warten, da sie noch lange von US-Truppen belegt war. Größtes Problem in den Wintermonaten war hier die wegen Kohlenmangel ausgefallene Heizung. In einigen Klassenzimmern wurden Öfen aufgestellt, deren Rauchabzüge durch die Fenster ragten. Jeder Schüler hatte täglich ein Briquet oder Scheit Brennholz im Ranzen, der ansonsten keine Schulbücher enthielt, da diese, von Nazi-Parolen gespickt, abgeschafft worden waren.

Viel schwieriger und zeitraubender gestaltete sich nach dem Zusammenbruch des totalitären NS-Regimes der Übergang zu einem neuen, demokratischen Staat. Das alte Reich wurde in vier Besatzungszonen mit willkürlichem Grenzverlauf aufgeteilt. Aus dem alten Nassau und Kurhessen entstand als neues Bundesland „**Groß-Hessen**“ mit Wiesbaden als Hauptstadt, zu dessen erstem Ministerpräsidenten am 16. Oktober 1945 Prof. Dr. Karl Geiler ernannt wurde. Dessen Amtsgeschäfte standen freilich noch unter der Kontrolle der amerikanischen Militärregierung mit Oberst James R. Newman. Erst am 28.12.1945 wurde diese Aufsicht etwas gelockert und den deutschen Behörden wieder mehr Spielraum gegeben.

Für die Rheingauer **Kreisverwaltung** besorgte zunächst kommissarisch der bisherige Rüdeshheimer Bürgermeister Leopold Bausinger die Amtsgeschäfte. Am 4.6.1945 lud der kommissarische Regierungsvizepräsident Nischalke die Herren Graf Matuschka-Greifenclau, Dr. Peter Paul Nahm und Med. Rat Dr. Nordmann zu einem Gespräch ein und bestellte dann am

18.6.1945 Dr. Peter Paul Nahm, Lorch zum neuen **Landrat** des Rheingau-Kreises (Nahm wurde später in die Bundesregierung übernommen und übergab die Kreisverwaltung am 1.7.46 an den Johannisberger Bürgermeister Hans Wagner). Das alte Kreishaus in Rüdesheim wurde 1944 durch Bomben zerstört, stattdessen diente fortan die ehemalige Villa Sturm an der Rheinstraße als Amtssitz.

Bereits am 7. Mai 1945 (am gleichen Tage wurde in Reims und Karlshorst die bedingungslose Kapitulation unterzeichnet und damit der Krieg offiziell beendet) wurden aus den Rheingaugemeinden die NS-Ortsgruppenleiter, deren Stellvertreter sowie die schlimmsten Aktivisten im Geisenheimer Rathaus von Vertretern der Militärregierung verhört und verhaftet. Am 25. Juni 1945 wurden in Rüdesheim weitere 36 NS-Angehörige vorgeladen, von denen 8 Bürger sogleich in Straflager abtransportiert wurden. In den folgenden Augustwochen hatten alle Beamten und Angestellten der Behörden und Dienststellen lange **Fragebogen** zu ihrer politischen Einstellung abzugeben. Die meisten von ihnen mussten im Dritten Reich der „Deutschen Arbeitsfront“ als NS-Organisation angehören, sodaß jetzt von ihnen 87 Männer und Frauen fristlos entlassen wurden. Dies führte zu erheblichen personellen Engpässen.

Erst am 2. Mai 1946 nahm zur politischen Säuberung eine sogenannte „**Spruchkammer**“ im Rüdesheimer Amtsgericht ihre Tätigkeit auf, die sich noch über Jahre hinziehen sollte. Bei deren Verhandlungen entschieden unter dem Vorsitz eines Juristen jeweils 4 Beisitzer über den politischen Status der NS-Angehörigen, welche in 5 Klassen eingestuft wurden:

- Klasse 1: Hauptschuldige
- Klasse 2: Belastete
- Klasse 3: Minderbelastete
- Klasse 4: Mitläufer (z.T. zu Geldstrafen verurteilt)
- Klasse 5: Entlastete

In weiteren 10 Klassen wurde das verhängte Strafmaß notiert:

- Klasse 6: Einweisung in ein Arbeitslager
- Klasse 7: Heranziehung zu Sonderarbeiten
- Klasse 8: darf nur in gewöhnlicher Arbeit tätig sein
- Klasse 9: Verlust aller bürgerlichen Rechte
- Klasse 10: Wohn- und Aufenthaltsbeschränkung
- Klasse 11: Verlust aller Titel und des Führerscheins
- Klasse 12: Verbot, als Lehrer, Prediger, Journalist oder Schriftsteller tätig zu sein
- Klasse 13: Beteiligungssperre an wirtschaftlichen Unternehmen auf Bewährung
- Klasse 14: Beschränkung in der Ausübung eines freien Berufes
- Klasse 15: Verbot der Fortführung eines Unternehmens

Entsprechend dieser Zuordnung wurden später die Kennkarten der Verurteilten gekennzeichnet.

In Rüdesheim waren in der Zeit von 1933 bis 1936 88 Bürger der **NSDAP** (**N**ationalsozialistische **D**eutsche **A**rbeiter-**P**artei) beigetreten, nach 1937 folgten weitere 103 Parteimitglieder und selbst nach 1940 traten noch 108 Personen in die Partei ein. Weitaus schwerwiegender war die Zugehörigkeit zu den NS-Organisationen SA („**Sturm-Abteilung**“) und SS („**Schutz-Staffel**“), denen 1933 74 Männer und seit 1937 weitere 35 Leute angehörten. Insgesamt hatte die Spruchkammer 408 Rüdesheimer Fälle zu bearbeiten. Nach Ablauf der Haftstrafen, Bewährungsfristen und Geldstrafen wurden nach 1950 viele der Spruchkammer-Urteile aus den Personal-Akten gestrichen.

Diese Maßnahmen waren relativ human im Vergleich zu der **Vertreibungswelle**, die sich seit Anfang März 1946 in den Ostblockstaaten abspielte: Nach dem Potsdamer Abkommen vom Juni 1945 mussten deutschstämmige Familien aus Polen, der Slowakei und Ungarn Hals über Kopf

ihre Wohnsitze verlassen und nach Westdeutschland fliehen. Ihnen sollten bis 1953 noch weitere **Flüchtlinge** folgen, sodaß schließlich im Rheingau 11320 Vertriebene aufzunehmen und einzugliedern waren. Nicht allein mussten genügend Wohnungen, sondern auch geeignete Erwerbsquellen beschafft werden. Gerade für Rüdesheim, wo noch viele ausgebombte Einwohner auf ein Obdach warteten, war dieser enorme Bevölkerungszuwachs ein gewaltiges Problem, das erst zehn Jahre später mit dem Bau der Nebenerwerbssiedlung Windeck nachhaltig gelöst werden konnte.

Es waren nur winzige Schritte, in denen der Wiederaufbau Rüdesheims vorankam: Am 20. Januar 1946 erfolgte die erste freie **Gemeindewahl**, bei welcher die CDU 10 Mandate, die SPD 2 Mandate erhielten. Andere Parteien hatten sich hierbei noch nicht beteiligt. Bei der ersten **Stadtverordneten-Versammlung** am 22. Februar 1946 hielt Bürgermeister Dr. Faust eine bemerkenswerte Grundsatzrede, in welcher er die Mandatsträger ausdrücklich ermahnte: „Die Belange der Stadt sollen nicht nach partei-politischen Gesichtspunkten, sondern sachlich im Interesse der Bürger beraten und verwaltet werden.“

Bereits in der Sitzung am 1.3. 1946 wurde eine Anfrage des Landrats, ob der Rheingaukreis mit dem Untertaunus vereinigt oder selbstständig bleiben solle, vom Rüdesheimer Stadtparlament lebhaft debattiert mit dem einstimmigen Beschluß, daß der Rheingau ein selbstständiger Kreis bleiben solle. (Durch politische Finten wurde dieser Wunsch schließlich 1977 zunichte gemacht – eine gravierende politische Fehlleistung!)

Vierzehn Tage später befasste sich die Stadtverordneten-Versammlung mit einem anderen skurrilen Antrag, nämlich zur Besserung der städtischen Finanzen eine Fahrrad-Steuer (mtl. eine Reichsmark, für Berufstätige 50 Pfennige) einzuführen, was dann aber doch nicht genehmigt wurde.

Bürgermeister Dr. Faust äußerte den Wunsch, sein Amt alsbald niederzulegen zu dürfen, um andere Aufgaben in der Wiesbadener Landesregierung zu übernehmen. Deshalb wurde in der Stadtverordneten-Versammlung am 25. März 1946 die **Neuwahl eines Bürgermeisters** angesetzt. In geheimer Wahl entschieden sich die Stadtverordneten mit großer Mehrheit für den früheren Rüdesheimer Bürgermeister Leopold Bausinger. Dieser lehnte die Wahl jedoch ab, weil Rüdesheimer Kommunisten in einem Protestbrief massive Widerstände geäußert hatten für den Fall, dass Bausinger gewählt würde. Also musste die Versammlung in erneuter geheimer Wahl sich wieder für Herrn Dr. Faust als Bürgermeister entscheiden.

Aber wenige Monate später wurde die Stelle des Rüdesheimer Bürgermeisters erneut ausgeschrieben, um welche sich jetzt 3 Kandidaten bewarben. Der Wahlausschuß schlug aus diesen Bewerbungen wieder Herrn Leopold Bausinger vor, der dann in geheimer Wahl am 27. Januar 1947 einstimmig zum **Bürgermeister** gewählt wurde und nun dieses Amt auch annahm.

Neue Sorgen taten sich auf: Durch die mangelhafte Ernährung breitete sich bei 14% der Rheingauer Bevölkerung die **Tuberkulose** aus. Auch die **spinale Kinderlähmung** (Polio) hatte schon 4 Todesopfer gefordert. Deshalb ließ das Kreisgesundheitsamt bei Jugendlichen unter 14 Jahren eine grundsätzliche Schutzimpfung durchführen, wobei es aber in der Bevölkerung einige Widerstände zu überwinden galt.

Am 25. April 1948 fanden erneut Kommunalwahlen statt, an denen sich neben der CDU und SPD auch die Liberal-Demokratische Partei (als Vorläuferin der FDP) beteiligte. - Dieses Jahr brachte für Rüdesheim einige wesentliche **Fortschritte im Wiederaufbau**: Die katholische Pfarrkirche wuchs nach neuen Plänen empor, in der evangelischen Kirche konnten seit dem 24.12.48 wieder Gottesdienste stattfinden, das „Neue Theater“ bot den Bürgern kulturelle

Abwechslung mit Kino, Konzerten und Theatervorstellungen, in der Brömserburg wurden die ersten Räume des Heimatmuseums eröffnet und während des Aufräumens von Trümmern wurde der Rüdesheimer Carneval-Verein geboren als Zeichen, daß die Rüdesheimer wieder ein bißchen Lebensfreunde verspürten.

Mit der Einführung der Deutschen Mark im Zuge der **Währungsreform** am 20. Juni 1948 war eine wesentliche Etappe im Wiederaufbau erreicht. Das westdeutsche „Wirtschaftswunder“ nahm seinen Lauf und machte die Lösung der noch anstehenden großen Probleme etwas leichter. Die Stunde Null war für Rüdesheim vorüber!

Rolf Göttert
1.1.2006